

Wie denken die Deutschen über Europa? (9. Februar 2012)

Kurzbeschreibung

Jan-Werner Müller, ein akademischer Kommentator, fängt die Stimmen prominenter deutscher Intellektueller und ihre Ansichten über Deutschlands Rolle in Europa ein. Auf dem Höhepunkt der Euro-Krise geschrieben, behauptet er in seinem Artikel, dass die deutschen Bürger/innen im Allgemeinen nicht euroskeptisch seien, andere europäische Mächte jedoch nicht mit einer Abkehr vom Ordoliberalismus rechnen sollten.

Quelle

Woran denken die Deutschen, wenn sie an Europa denken?

Deutschland ist der Zahlmeister Europas. Sogar die deutsch-französischen Gipfeltreffen sind jetzt in Wirklichkeit „deutsch-deutsche Gipfeltreffen“, sagte Romano Prodi kürzlich. Aber wird Deutschland auch zum politischen Herrn Europas? Viele Europäer scheinen sich davor zu fürchten, aber es wäre falsch zu sagen, dass Deutschland Fantasien von einer kontinentalen Vorherrschaft entwickelt hat oder euroskeptischer geworden ist – zumindest euroskeptischer als der Rest der EU. Es gibt eine neue deutsche Ambivalenz gegenüber Europa, aber das liegt daran, dass die Deutschen, nachdem sie die Vereinigung teuer bezahlt und ein Jahrzehnt lang Lohnzurückhaltung und Leistungskürzungen erduldet haben, auf keinen Fall eine „Transferunion“ wollen, in der sie einen Haufen vermeintlich fauler Südländer finanzieren müssen. Die Deutschen sorgen sich auch um die Inflation: zweifellos eine selektive Erinnerung, aber nicht völlig irrational. Deutschland unterscheidet sich von den anderen EU-Mitgliedsstaaten durch die besondere Wirtschaftsideologie, die hier vorherrscht und von den Eliten des Landes – nicht nur von der Rechten – unterstützt wird. Der Ordoliberalismus ist nicht genau dasselbe wie der anglo-amerikanische Neoliberalismus – er sieht eher eine Rolle für den Staat. Viele Deutsche glauben, dass er für das Wirtschaftswunder der 1950er Jahre (und auch für das Mini-Wunder der letzten zwei Jahre) verantwortlich war. Der Ordoliberalismus ist das, was Angela Merkel für die Eurozone als Ganzes will: starre Regeln und rechtliche Rahmenbedingungen außerhalb der Reichweite demokratischer Entscheidungsfindung. In diesem Sinne – aber nur in diesem Sinne – könnte Thomas Manns Albtraum von einem deutschen Europa anstelle eines europäischen Deutschlands wahr werden.

Über die politische Kultur Deutschlands ist außerhalb des Landes wahrscheinlich weniger bekannt als jemals zuvor seit Menschengedenken. Deutschlandbeobachter neigen dazu, wie besessen nach Anzeichen für einen wiederauflebenden Nationalismus zu suchen: Was sie interessiert, ist die Art und Weise, wie das Land mit seiner NS-Vergangenheit umgeht, aber in dieser Hinsicht hat das vereinte Deutschland alle richtigen Schritte unternommen. Helmut Kohl, der einen Dokortitel in Geschichte hat, unternahm unbeholfene Versuche, den Nationalstolz wiederherzustellen, indem er die positiven Aspekte der Vergangenheit seines Landes hervorhob. Sein Nachfolger Gerhard Schröder brüstete sich damit, dass die ernsthaften und manchmal quälenden Bemühungen der Deutschen, sich an den Nationalsozialismus zu erinnern, eine Quelle des Stolzes für die Deutschen sein sollten und dazu dienen sollten, die Partner des Landes zu beruhigen. Trotz aller Unklarheiten hat der deutsche Versuch, sich zu seiner Vergangenheit zu bekennen, ein Vertrauen geschaffen, das noch vor zehn Jahren undenkbar gewesen wäre. Dies zeigte sich im November, als der polnische Außenminister Radek Sikorski vor einem Publikum in Berlin erklärte, ein „untätiger“ Nachbar, der sich seiner europäischen Verantwortung entziehe, mache ihm mehr Sorgen als ein Deutschland, das Macht ausübe. Die Erinnerungspolitik des Landes hat sich unter Merkel nicht geändert, die sich mehr um die Mechanismen der Macht kümmert als um deren symbolischen Ausdruck.

Merkel hat sich dem politischen Konsens angeschlossen, der in den 1990er Jahren aus einer Schwächung sowohl der postnationalistischen Linken als auch der aggressiv nationalistischen Rechten hervorging. In den Jahren nach der Wiedervereinigung kam es zum Niedergang der streng pazifistischen Linken (ihr prominentester intellektueller Vertreter, Günter Grass, hatte gesagt, ein vereinigtes Deutschland würde sich unweigerlich in ein „Monster“ verwandeln). Die tiefste Befürchtung dieser Gruppe wurde auf einem stahlgrauen Plakat ausgedrückt, das unheilvoll verkündete: „Deutschland wird immer deutscher“. Zur gleichen Zeit machte die so genannte Neue Rechte die Menschen nervös, indem sie zu einer Verfolgung des nationalen Interesses „ohne sich dafür zu schämen“ aufrief. [...]

An die Stelle des „nationalen Selbstbewusstseins“, dessen Behauptung stets sein Fehlen verriet, trat die Auffassung, dass Deutschland seine Interessen im Bündnis mit dem Westen in einer erweiterten Europäischen Union verfolgen sollte. Der Traum der Linken vom Postnationalismus war ausgeträumt, aber viele Linke konnten damit leben, dass Deutschland international selbstbewusster auftrat und Soldaten in die Kriege (oder in einen mehr oder weniger fiktiven Frieden) im Kosovo und in Afghanistan schickte, solange es nicht allein handelte oder rein deutschen Interessen diene. Und sie fühlten sich wohler in einem Vaterland, das dank der unter Schröder eingeführten Gesetzgebung die Staatsbürgerschaft nicht mehr an die Abstammung knüpfte. Doch das Problem, das im 19. Jahrhundert zur Deutschen Frage führte, ist nicht verschwunden: Deutschland ist zu klein, um allein eine globale Rolle zu spielen, aber viel mächtiger als jedes andere europäische Land, wenn auch nicht so mächtig wie alle zusammen, und hat seinen Platz noch immer nicht gefunden.

Eine naheliegende Antwort wäre, die Rolle des europäischen Hegemons zu übernehmen, wie der Verfassungsrechtler Christoph Schönberger kürzlich im *Merkur* vorschlug – einer liberalen Monatszeitschrift mit geringer Auflage, aber großem Einfluss. Schönberger machte für die mangelnde Bereitschaft Deutschlands, diese Rolle zu übernehmen, zumindest teilweise die Unfähigkeit seiner Eliten verantwortlich, die eindeutigen demokratischen Vorteile einer Hegemonie zu erkennen. Deutschland könne für die EU das sein, was Preußen für das Deutsche Reich war: der größte Staat, aber nicht in der Lage, sich über die Interessen der kleineren Staaten hinwegzusetzen, während in einem potenziellen föderalen Europa die kleineren Staaten einfach überstimmt werden würden.

Herfried Münkler, ein Berliner Akademiker, der viel in der überregionalen Presse publiziert, vertritt eine ähnliche Position. Er weist die Bedenken über den undemokratischen Charakter der EU zurück. Europa solle ein globaler Machtfaktor werden, und die Voraussetzung dafür sei eine zentralisierte, von Frankreich und Deutschland geführte EU anstelle der derzeitigen maroden Institution, in der Instabilität an der Peripherie – wie in Griechenland oder Portugal – das Ganze zum Einsturz bringen könne.

Es gibt eine offensichtliche Alternative zur Hegemonie: mehr Demokratie in der EU und eine Eingliederung Deutschlands in Europa – nicht unbedingt in Form eines Bundesstaates. Jürgen Habermas drängt immer wieder auf eine echte europäische Verfassung. Europa ist seit zwei Jahrzehnten sein Hauptanliegen, aber seine Hauptbegründung für die Unterstützung der EU hat sich etwas verschoben. Ursprünglich sah er den Zweck der europäischen Integration darin, den Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit zu bewahren und dem vereinten Kontinent genügend Gewicht zu verleihen, um der neoliberalen Globalisierung zu widerstehen. Jetzt lobt er Europa dafür, dass es die Beziehungen zwischen den Staaten „konstitutionalisiert“ und den Weg zu einer „Weltgesellschaft“ weist, in der die Staaten auf der Grundlage des Rechts und nicht mit brutaler Gewalt interagieren.

Habermas ist einer der wenigen Befürworter des Vertrags von Lissabon, der seiner Meinung nach das Problem der Legitimität der EU löst. Anstatt einen Bundesstaat anzustreben, sollten die Europäer seiner Meinung nach versuchen, die Einzigartigkeit der EU als das zu verstehen, was Jacques Delors einmal ein „unbekanntes politisches Objekt“ nannte. Habermas zufolge sollten die europäischen Bürger, sowohl als Einzelpersonen als auch als Völker, die Nationalstaaten bilden, als die „Miturheber“ der demokratischen Verfassung Europas betrachtet werden, die de facto im Vertrag enthalten ist, auch wenn das Wort

„Verfassung“ nie verwendet wird.

All dies mag nicht nur vage klingen, sondern auch wie ein Versuch, beides zu erreichen: Der Einzelne sollte die EU als seine Schöpfung betrachten, aber – keine Sorge – die Nationalstaaten werden nicht abgeschafft. Es ist nicht klar, was aus all dem folgt, abgesehen von der immerwährenden Forderung nach mehr Macht für das Europäische Parlament und der ebenso immerwährenden Hoffnung, dass aus 27 separaten nationalen Debatten irgendwie eine gemeinsame Öffentlichkeit entstehen könnte. Das Einzige, was wirklich klar ist, ist das, wogegen Habermas ist: ein postdemokratischer „Föderalismus der Exekutiven“, in dem die Regierungen hinter verschlossenen Türen Deals aushandeln, anstatt den Prozess für einen „rauen“ und „lauten“ Kampf der Meinungen zu öffnen.

Viele in der deutschen Linken stimmen ihm nicht zu. Fritz Scharpf, der Doyen der deutschen Sozialwissenschaft, hat immer darauf bestanden, dass ein europäischer Sozialstaat ein Hirngespinnst sei. Was die EU wirklich tut, sagt er, ist, die Länder zu zwingen, ihren eigenen, historisch bedingten Sozialvertrag zwischen Kapital und Arbeit aufzugeben oder zumindest neu zu verhandeln, zum Vorteil des Kapitals. Die Ereignisse in Griechenland seien ein Paradebeispiel dafür. Wenn die Währungen nicht renationalisiert würden, warnte er kürzlich in einer Debatte mit Habermas, könnte es in Europa durchaus zu einem Bürgerkrieg kommen.

Der Philosoph Christoph Menke war weniger dramatisch, aber vielleicht verheerender in seiner Zurückweisung von Habermas' Hoffnungen für die Europäische Union. Als Antwort auf einen Artikel, in dem die Intellektuellen dafür gegeißelt wurden, dass sie die Euro-Krise verschlafen hätten, wies Menke darauf hin, dass er sich als linker Intellektueller um die Demokratie Sorge, nicht um die EU, die lediglich ein kapitalistisches Werkzeug sei.

[...]

Die Deutschen sind der Meinung, dass sie mit diesem Modell Deutschland außerordentlich gut gefahren sind – und die Finanzkrise hat ihr Vertrauen nicht erschüttert. Im Gegenteil, die guten deutschen Ordoliberalen, die das soziale Wohlergehen durch geregelten Wettbewerb sorgfältig fördern, werden viel gelobt – im Gegensatz zu den schlechten angelsächsischen Neoliberalen, die durch Deregulierung die individuelle Gier so sehr gefördert haben. Nicht zuletzt sind die Deutschen der Meinung, dass sie ihr derzeitiges wirtschaftliches Wohlergehen ihrem Erfolg bei der Zurückhaltung von Lohnforderungen und dem Abbau des Sozialstaates unter dem Euphemismus „Reform“ zu verdanken haben. Man fürchtet sich vor der Inflation, dem großen historischen Trauma der frühen 1920er und späten 1940er Jahre – das andere wirtschaftliche Trauma, die Sparmaßnahmen der frühen 1930er Jahre, die Hitler den Weg ebneten, ist fast vergessen. Die Geldentwertung ist ein Schreckgespenst für die Ordoliberalen, und Umfragen zeigen, dass selbst junge Menschen akute Inflationsängste haben. Tatsächlich war sie in den letzten zehn Jahren deutlich niedriger als in der alten Bundesrepublik (obwohl es durchaus rational sein kann, Inflation zu fürchten, wenn die Nominallöhne kaum steigen).

Merkel hat mit diesen Ängsten gespielt, indem sie gerade genug getan hat, um den Euro am Leben zu erhalten, während sie immer auf der Linie der ordoliberalen Orthodoxie blieb und immer auf den kurzfristigen politischen Vorteil bedacht war. [...]

Die Deutschen sind nicht daran interessiert, den Kontinent zu dominieren, aber sie sind auch nicht in einer Weise euroskeptisch, die zu Isolationismus führen könnte. Deutschland könnte bereit sein, eine große europäische Einigung zu unterstützen und auf Sikorskis Appell zu reagieren, dass die „unverzichtbare Nation“ die Kurve kriegen muss. Es könnte sich sogar auf eine Kombination der Wünsche von Münkler und Habermas einlassen, auf ein Europa, das mehr wie ein Staat ist, aber in einer Weise, welche die europäischen Bürger als ihre eigene Schöpfung verstehen können. Viel unwahrscheinlicher ist jedoch, dass sie jemals den Ordoliberalismus aufgeben werden.

Quelle des englischen Originaltextes: Jan-Werner Müller, „What Do Germans Think about when They Think about Europe?“, *London Review of Books*, 9. Februar 2012.
<https://www.lrb.co.uk/the-paper/v34/n03/jan-werner-mueller/what-do-germans-think-about-when-they-think-about-europe>

Übersetzung: GHI staff

Empfohlene Zitation: Wie denken die Deutschen über Europa? (9. Februar 2012), veröffentlicht in: German History in Documents and Images, <<https://germanhistorydocs.org/de/ein-neues-deutschland-1990-2023/ghdi:document-5354>> [14.05.2025].